

MORNING NEWS

13. März 2026

INDEX	SCHLUSS	VERÄNDERUNG net	%	VORTAG	INDEX	SCHLUSS	VERÄNDERUNG net	%	VORTAG
DAX	23.589,65	-50,38	-0,21	23.640,03	DJ 30	46.677,85	-739,42	-1,56	47.417,27
MDAX	29.243,41	-171,43	-0,58	29.414,84	NASDAQ	24.533,58	-431,43	-1,73	24.965,01
TEC DAX	3.588,01	-3,61	-0,10	3.591,62	Nikkei 225	53.794,89	-658,07	-1,21	54.452,96
Euro Stoxx50	5.748,89	-45,79	-0,79	5.794,68	Hang Seng	25.634,07	-82,69	-0,32	25.716,76
Bund Future	125,90	-0,26	-0,21	126,16	Euro / US-\$	1,1501	-0,00	-0,10	1,1512
Gold in US-\$	5.099,41	20,20	0,40	5.079,21	Öl (Brent) US-\$	100,41	-0,05	-0,05	100,46
Bitcoin / US-\$	71.560,54	1.378,44	1,96	70.182,10	Ethereum / US-\$	2.110,38	47,26	2,29	2.063,13

Vorbörsliche Indikationen (07:00 Uhr)

INDEX	INDIKATION	ABSOLUTE VERÄNDERUNG (zum Schlusskurs Vortag)
DAX	23.612	+23
NASDAQ Future	24.576,25	+16,25

AKTIE	PARITÄT €	VERÄNDERUNG €	%	SCHLUSSKURS XETRA in €	SCHLUSSKURS NYSE in \$	VOLUMEN NYSE
SAP AG	165,64	-1,38	-0,01	167,02	190,50	2.345.105,00
Nokia OJ	7,08	-0,01	-0,00	7,08	8,14	88.769.692,00

Unternehmenstermine

UNTERNEHMEN	RIC	ANLASS	ZEIT	SCHÄTZUNG
Allianz	ALVG.DE	Geschäftsbericht	n/a	n/a
Europäische Unternehmen	Heute keine wichtigen Unternehmenstermine			

Quelle: Bloomberg/dpa/AFX

Konjunkturtermine

LAND	INDIKATOR	MONAT	UHRZEIT	SCHÄTZUNG
D	Leistungsbilanz	Januar	n/a	n/a (16,1) Mrd €
D	Großhandelspreise (m/m)	Februar	08:00	n/a (0,9%)
D	Großhandelspreise (y/y)	Februar	08:00	n/a (1,2%)
EWU	Industrieproduktion (m/m), sb	Januar	11:00	0,6% (-1,4%)
EWU	Industrieproduktion (y/y), WDA	Januar	11:00	1,3% (1,2%)
USA	Private Einkommen	Januar	13:30	0,5% (0,3%)
USA	Private Ausgaben	Januar	13:30	0,3% (0,4%)
USA	Auftragseingang langlebiger Güter, vorab	Januar	13:30	1,1% (-1,4%)
USA	Auftragseingang langlebiger Güter ex transport, vorab	Januar	13:30	0,5% (1,0%)
USA	BIP (q/q), annualisiert, Zweites	Q4	13:30	1,4% (1,4%)
USA	Privater Konsum, Zweites	Q4	13:30	2,4% (2,4%)
USA	Verbrauchervertrauen Uni Michigan, vorab	März	15:00	54,6 (56,6)

Quelle: Bloomberg

Wall Street Schlussbericht

VOLUMEN	GEHANDELTE AKTIEN (in Mrd.)	US-STAATSANLEIHEN	VERÄNDERUNG	RENDITE (Yield)
Volumen NYSE	1,55 (1,39)	10-jährige Bonds	-0,437	4,26%
Volumen NASDAQ	8,46 (8,33)	30-jährige Bonds	-0,359	4,88%

()=Vortag

Die **hohen Ölpreise** im Zuge des Irankrieges haben die **US-Börsen** am Donnerstag **auf Talfahrt geschickt**. Der Dow Jones verlor 1,6 Prozent auf 46.678 Punkte. Der technologielastige Nasdaq gab 1,8 Prozent auf 22.312 Zähler nach und

der breit gefasste S&P 500 büßte 1,5 Prozent auf 6673 Stellen ein. Der Ölpreis lag zum Ende des Aktienhandels in New York mehr als zehn Prozent im Minus - ein Fass der Nordseesorte **Brent** bei 101,27 Dollar, die US-Sorte **WTI** lag bei 96,16 Dollar.

Angriffe des Iran auf Tanker im Persischen Golf hatten die Versorgungsängste geschürt. US-Energieminister Chris Wright hält einen Anstieg des Ölpreises auf 200 Dollar je Barrel jedoch für unwahrscheinlich. Er reagierte damit auf Drohungen aus Teheran: Ein Sprecher des dortigen Militärkommandos hatte gewarnt, der Ölpreis könne diese Marke erreichen, sollte die regionale Sicherheit weiter destabilisiert werden.

Um Engpässe im Inland zu vermeiden, erwägt das Weiße Haus eine vorübergehende Aussetzung des Jones Act. Eine Lockerung würde es ausländischen Schiffen ermöglichen, Treibstoff und Agrargüter innerhalb der USA zu befördern. Dies könnte Transportkosten senken und Lieferungen beschleunigen.

Aus den Depots der Anleger wurden vor allem die unter hohen Kerosinkosten leidenden Airlines geworfen. Auch Papiere von Kreuzfahrtbetreibern wie **Norwegian** und **Carnival** gerieten mit einem Minus von 4,8 Prozent und 7,9 Prozent wegen der hohen Ölpreise unter Druck. Aktien von Öl- und Gasunternehmen legten dagegen zu, wie etwa **Chevron** mit 2,7 Prozent.

Im **Finanzsektor** rutschten Aktien von Banken und Vermögensverwaltern ab. Die Anleger nehmen den rund zwei Billionen Dollar schweren **Markt für Privatkredite** unter die Lupe, nachdem in den vergangenen Monaten eine Reihe von Kreditproblemen aufgetaucht sind. Diese schürten die **Bedenken hinsichtlich steigender Zahlungsausfälle**.

Aktien von **Morgan Stanley** fielen um 4,1 Prozent. Der Bankriese begrenzte die Rücknahmen bei einem seiner privaten Kreditfonds. Blackstone und BlackRock hatten Anfang des Monats ähnliche Maßnahmen ergriffen. JPMorgan Chase reduzierte die Bewertung einiger Darlehen an private Kreditfonds.

"Die Frage ist, wie viele Leute dies in ihren Büchern haben. Wo werden sie ausgewiesen? Sind es Derivate? Wir müssen das sehr genau im Auge behalten, da sich die Dinge schnell entwickeln", sagte Joe Saluzzi, Co-Leiter des Aktienhandels bei Themis Trading.

Auch einige Firmenbilanzen bewegten die Kurse. Aktien des Discount-Einzelhändlers **Dollar General** fielen um 6,1 Prozent. Das Unternehmen prognostizierte einen vergleichbaren Jahresumsatz, der unter den Schätzungen lag. Papiere von **Bumble** sprangen hingegen um 34,2 Prozent in die Höhe, nachdem der Dating-App-Betreiber im vierten Quartal einen Umsatz über den Schätzungen verbuchte.

US Unternehmen

Der langjährige **Adobe-Chef** Shantanu Narayen **räumt seinen Posten**. Der Manager werde die Führung abgeben, sobald ein Nachfolger ernannt sei, teilte der US-Softwarekonzern mit. Narayen, der seit 18 Jahren an der Spitze steht und Produkte wie Photoshop und InDesign zu weltweiten Standards machte, soll dem Unternehmen als Verwaltungsratschef erhalten bleiben. Anleger reagierten verunsichert auf den angekündigten Führungswechsel: Die Adobe-Aktie gab im nachbörslichen US-Handel rund sieben Prozent nach. Operativ lief es für den Konzern zum Jahresauftakt besser als erwartet. Der Umsatz kletterte im ersten Quartal im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um zwölf Prozent auf 6,40 Milliarden Dollar. Analysten hatten mit 6,28 Milliarden Dollar gerechnet. Auch der bereinigte Gewinn pro Aktie lag mit 6,06 Dollar über der Konsensschätzung von 5,87 Dollar. Adobe profitiert nach eigenen Angaben von der starken Nachfrage nach KI-gestützten Funktionen. Dennoch steht der Branchenprimus vor Herausforderungen: Der Wandel in der Softwarelandschaft durch Künstliche Intelligenz (KI) senkt die Einstiegshürden für Design-Anwendungen und bringt neue Wettbewerber hervor (Reuters).

Die **US-Notenbank** Fed will die **Kapitalanforderungen** für **Großbanken** lockern. Die Vorgaben würden gemäß den überarbeiteten Entwürfen leicht sinken und sich wieder dem Niveau von 2019 annähern, sagte die für Bankenaufsicht

zuständige Fed-Vizechefin Michelle Bowman in Washington. Wenn die Anforderungen überzogen seien, beeinträchtige dies die grundlegende Funktion des Bankensystems, der Realwirtschaft Kredite zur Verfügung zu stellen (Reuters).

Marktmeldungen

Bundeskanzler Friedrich Merz und **Norwegens Ministerpräsident** Jonas Gahr Støre haben bei einem Treffen im nordnorwegischen Andenes die **enge Partnerschaft beider Länder** betont. Støre verwies am Donnerstagabend auf die gemeinsame Nato-Übung "Cold Response", die beide Politiker zusammen mit dem kanadischen Premierminister Mark Carney und Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius am Freitag beobachten werden. Mit Blick auf den geplanten Besuch am norwegischen Weltraumbahnhof Andøya unterstrich Støre aber auch die Kooperation beider Länder in der Raumfahrt. "Deutschland weist den Weg", sagte er mit Blick auf die deutlich gestiegenen deutschen Ausgaben für die Raumfahrt. Norwegen könne dies ergänzen. Merz sprach von einer strategischen Partnerschaft mit Norwegen, das auch Deutschlands größter Erdgaslieferant ist. Die Zusammenarbeit mit der Regierung in Oslo sei sehr gut, obwohl das Land zwar in Europa, aber nicht in der EU sei (Reuters).

Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche prüft nach eigenen Angaben angesichts der **Folgen des Iran-Kriegs staatliche Eingriffe bei der Erdgasversorgung**. Man werde wahrscheinlich beim Erdgas etwas nachsteuern, sagte Reiche dem "Handelsblatt" laut Vorabbericht. Ihr Haus prüfe derzeit sehr genau, welches das geeignete Kriseninstrument sei. "Und die Argumente für ein solches Kriseninstrument mehren sich gerade." Zu den Folgen des Konflikts für die deutsche Wirtschaft könne man sich zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht verlässlich äußern, sagte Reiche der Zeitung weiter: "Die Lage im Iran ist hochdynamisch."

Bundesfinanzminister Lars Klingbeil deutet **weitere Maßnahmen der Regierung** im Kampf gegen hohe **Spritpreise** an. Das Kartellrecht müsse verschärft werden, sagte der SPD-Chef in Mainz. Die Überprüfung des Kartellrechts müsse jetzt schnell abgeschlossen werden. Erneut sei deutlich geworden, dass eine Krise ausgenutzt werde. Es brauche völlige Transparenz in der Mineralölwirtschaft über deren Einkaufspreise. "Wir müssen da jederzeit handlungsfähig sein", so Klingbeil. Die deutlichen Spritpreiserhöhungen sorgten zu Recht für Empörung und seien im Vergleich zu anderen Ländern unverhältnismäßig (Reuters).

Der **US-Botschafter bei der Nato** hat **Tschechien** wegen geplanter Kürzungen bei den **Verteidigungsausgaben** kritisiert. "Alle Verbündeten müssen ihren Beitrag leisten und die in Den Haag eingegangene Verpflichtung einhalten", schrieb Matthew Whitaker am Donnerstag auf X. Das tschechische Parlament hatte am Mittwochabend einen Haushalt für 2026 gebilligt, der die Mittel für das Verteidigungsministerium auf 154,8 Milliarden Kronen (7,3 Milliarden Dollar) oder 1,73 Prozent des Bruttoinlandsprodukts kürzt. Dies liegt unter dem Nato-Ziel von zwei Prozent des BIP und deutlich unter den in Den Haag vereinbarten 3,5 Prozent plus 1,5 Prozent für andere verteidigungsrelevante Investitionen (Reuters).

Kanada will mit einem **Investitionspaket** von 35 Milliarden kanadischen Dollar (22,3 Milliarden Euro) seine **militärische Präsenz in der Arktis** stärken und sich damit unabhängiger von den USA machen. Premierminister Mark Carney stellte am Donnerstag Pläne vor, mit denen unter anderem Flugplätze und Logistikzentren in der strategisch wichtigen Region ausgebaut werden sollen. "Wir werden uns nicht länger von einer einzigen Nation abhängig machen", sagte Carney mit Blick auf den südlichen Nachbarn. Das Verhältnis zu den USA ist durch Strafzölle von US-Präsident Donald Trump und dessen Gedankenspiele über eine Annexion Kanadas angespannt. Es blieb zunächst unklar, wie hoch der Anteil an neuen Mitteln in dem Vorhaben ist (Reuters).

Bei einem **Drohnenangriff** auf einen gemeinsamen Stützpunkt der Peschmerga und der französischen Armee im nordirakischen Machmur sind mindestens sechs **französische Soldaten** verletzt worden. Dies teilen der Gouverneur von Erbil, Omed Koschnaw, und ein Vertreter der Sicherheitsbehörden mit (Reuters).

US-Präsident Donald Trump hat seine Rhetorik gegenüber dem **Iran** verschärft. Er schrieb am Freitag in einem Beitrag auf Truth Social, dass die USA das "terroristische Regime des Iran" militärisch und wirtschaftlich "völlig

zerstören" werden. Er warnte die Führung des Landes, dass die USA über "beispiellose Feuerkraft, unbegrenzte Munition und viel Zeit" verfügten. "Beobachten Sie, was heute mit diesen gestörten Dreckskerlen passiert", sagte er. "Sie haben 47 Jahre lang unschuldige Menschen auf der ganzen Welt getötet, und jetzt töte ich sie, als der 47. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika." (bloomberg).

Die **USA** haben einem Zeitungsbericht zufolge seit Beginn des Krieges mit dem Iran **Munitionsvorräte** für "Jahre" verbraucht. Zu den schnell zur Neige gehenden Waffen zählten auch moderne Langstreckenraketen vom Typ Tomahawk, berichtet die *"Financial Times"* unter Berufung auf Insider.

Eine vom Iran unterstützte **Milizengruppe** hat nach eigenen Angaben ein **Tankflugzeug des US-Militärs** vom Typ KC-135 im **Westirak** abgeschossen. Der Islamische Widerstand im Irak, eine Dachorganisation bewaffneter Gruppen, teilt mit, der Abschuss sei "zur Verteidigung der Souveränität und des Luftraums unseres Landes" erfolgt. Das US-Militär hatte zuvor den Absturz eines US-Tankflugzeugs vom Typ KC-135 im Westen des Iraks gemeldet. Demnach habe es sich dabei nicht um feindlichen Beschuss oder Eigenbeschuss gehandelt (Reuters).

Das **iranische Außenministerium** äußert sich zur Lage in der **Straße von Hormus**. Viele Schiffe könnten die Meerenge weiterhin passieren - sofern sie sich mit der iranischen Marine abstimmten, heißt es in einer von der Nachrichtenagentur *Mehr* verbreiteten Erklärung von Ministeriumssprecher Esmaeil Baghaei. Zu den Bedingungen vor dem Kriegsbeginn am 28. Februar könne es aber nach den gegenwärtigen Ereignissen generell keine Rückkehr geben, fügt er hinzu (Reuters).

US-Finanzminister Scott Bessent bringt einen **Geleitschutz für Schiffe durch die Straße von Hormus** unter **Beteiligung von Verbündeten** ins Spiel. "Ich glaube, dass die US-Marine - vielleicht gemeinsam mit einer internationalen Koalition - Schiffe eskortieren wird, sobald es militärisch möglich ist", sagt Bessent dem Sender Sky News. Voraussetzung sei, dass der Luftraum vollständig kontrolliert werde und der Iran nicht mehr in der Lage sei, sein Raketenarsenal wieder aufzubauen (Reuters).

Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu zufolge ist der **Iran** nach fast zwei Wochen gemeinsamer US-israelischer Angriffe "nicht mehr derselbe". Die Revolutionsgarden und Basidsch-Kräfte hätten schwere Schläge erlitten, sagt Netanjahu bei seiner ersten Pressekonferenz seit Kriegsbeginn. Er spreche fast täglich mit US-Präsident Donald Trump. Man wolle den Iran daran hindern, Atom- und Raketenprojekte unter die Erde zu verlegen. Israel könne Bedingungen für einen Regimewechsel schaffen, aber das iranische Volk müsse auf die Straße gehen. Auf die Frage nach Irans neuem geistlichem Oberhaupt Modschtaba Chamenei und Hisbollah-Chef Naim Kassem sagt Netanjahu: "Ich würde keine Lebensversicherung für diese Führer abschließen." (Reuters).

Israel weitet seine **Angriffe auf die libanesische Hauptstadt** aus. Eine Drohne habe ein Wohnhaus im Beiruter Stadtteil Burdsch Hammud getroffen, melden libanesische Medien. Es ist der erste Angriff auf den Bezirk am nördlichen Stadtrand der Hauptstadt. Bislang konzentrierten sich die Angriffe auf die Hochburg der Hisbollah-Miliz im Süden der Hauptstadt (Reuters).

Israel hat seine **Angriffe auf die libanesische Hisbollah-Miliz** verschärft und ein Gebäude in der Nähe des Regierungssitzes in Beirut beschossen. Wenige Stunden zuvor hatte das israelische Militär am Donnerstag die Evakuierung eines weiteren Gebiets im Südlibanon angeordnet und die betroffene Zone erheblich ausgeweitet (Reuters).

Pakistan hat nach Angaben der Taliban ein **Treibstofflager** in der Nähe des Flughafens von **Kandahar** bombardiert. Das Depot gehöre der privaten Fluggesellschaft Kam Air, die nicht nur zivile Fluggesellschaften, sondern auch Flugzeuge der Vereinten Nationen (UN) beliefere, teilte ein Sprecher der radikal-islamischen Taliban mit. Pakistan habe zudem Ziele in anderen Gebieten, auch in der Hauptstadt Kabul, angegriffen. Es seien auch zivile Häuser getroffen worden. Dabei seien auch Frauen und Kinder getötet worden. Der Taliban-Sprecher kündigte Vergeltung an: Die Aggression werde "nicht unbeantwortet bleiben". Eine Stellungnahme des pakistanischen Militärs lag zunächst nicht vor (Reuters).

Wenige Wochen vor dem erwarteten Besuch von **US-Präsident** Donald Trump in China will sein **Finanzminister** Scott Bessent **Chinas Vize-Ministerpräsident** He Lifeng in Frankreich treffen. Aufgrund der gegenseitigen Wertschätzung von

Trump und Chinas Staats- und Parteichef Xi Jinping kämen die **Handels- und Wirtschaftsgespräche** zwischen den beiden Ländern voran, teilte Bessent mit. Das Treffen soll demnach am kommenden Sonntag und Montag in Paris stattfinden (dpa/AFX).

Die **Ukraine** und **Rumänien** wollen laut dem rumänischen Präsidenten Nicusor Dan künftig gemeinsam ukrainische Verteidigungssysteme wie **Drohnen** in Rumänien herstellen. "Wir haben über unsere **militärische Zusammenarbeit** gesprochen, und eines der von uns unterzeichneten Dokumente umfasst auch die Zusammenarbeit bei der Drohnenproduktion", teilte Nicusor Dan nach einem Treffen mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj mit (Reuters).

Die **Ukraine** öffnet ihren **Verbündeten** den Zugang zu ihren **Schlachtfelddaten**, um die **Entwicklung von Software für Künstliche Intelligenz** (KI) bei Drohnen zu trainieren. Dies teilt Verteidigungsminister Mychajlo Fedorow auf Telegram mit. "Die Ukraine besitzt eine einzigartige Sammlung von Schlachtfelddaten, die nirgendwo sonst auf der Welt ihresgleichen hat", schreibt Fedorow. Dazu gehörten Millionen von kommentierten Bildern, die bei Zehntausenden von Kampfeinsätzen gesammelt worden seien. Die Ukraine habe eine Plattform geschaffen, um KI-Modelle sicher zu trainieren, ohne sensible Daten preiszugeben. Die Datensätze würden ständig aktualisiert. Die Ukraine erhoffe sich davon eine beschleunigte Entwicklung von KI-Modellen, die sie dann in ihrem seit vier Jahren andauernden Abwehrkampf gegen Russland einsetzen könne (Reuters).

Automobile / Zulieferer

Mercedes-Benz hat nach extrem guten Geschäftsjahren mit satten Gewinnen vor allem in den vergangenen zwei Jahren deutliche Rückgänge bei wichtigen Finanzkennzahlen verzeichnet. Die erfolgreichen Jahre dürften auch damit zusammenhängen, dass es dem Stuttgarter Autobauer gelungen ist, im Schnitt deutlich mehr Geld pro verkauftem Auto zu erhalten. Den Umsatz pro verkauftem Pkw konnte Mercedes seit 2019 stark steigern, doch nach dem Höhepunkt 2023 ist der Wert auch hier in den beiden Folgejahren wieder gesunken. Das zeigt eine Auswertung des sogenannten "Average Selling Price" (ASP) durch die *Deutsche Presse-Agentur* in Stuttgart. Die Finanzkennzahl geht aus Präsentationen zu den Jahreszahlen hervor.

Banken

Der US-Investor **Capital Group** hat seine Beteiligung an der **Deutschen Bank** deutlich reduziert. Der Anteil sank von zuletzt 4,94 auf 2,93 Prozent, wie aus einer am Donnerstag veröffentlichten Stimmrechtsmitteilung hervorgeht. Damit rutschte der Vermögensverwalter aus Los Angeles unter die wichtige Meldeschwelle von drei Prozent. Capital Group war der Website des größten deutschen Geldhauses zufolge bislang der zweitgrößte Einzelaktionär nach dem Branchenprimus BlackRock (Reuters).

Öl & Gas

Der **Iran** sendet **widersprüchliche Signale** zur **Straße von Hormus**. UN-Botschafter Amir Saeid Iravani erklärt, Teheran werde die Meerenge nicht schließen. Es sei jedoch Irans Recht, die Sicherheit dort zu bewahren, sagt er Journalisten am Hauptsitz der Vereinten Nationen. Das iranische Außenministerium verlangt seinerseits, Schiffe müssten sich bei der Durchfahrt mit der Marine des Landes abstimmen, wie die Nachrichtenagentur Mehr meldet. Die USA und Israel seien für die Unsicherheit in der Region verantwortlich, was sich auf den Schiffsverkehr auswirke. Das geistige Oberhaupt des Landes, Modschtaba Chamanei, hatte erklärt, die Schließung werde als Druckmittel gegen den Feind fortgesetzt. Die iranischen Revolutionsgarden kündigten daraufhin an, sie aufrechtzuerhalten (Reuters).

Die **Ausnahmegenehmigung der USA** für den **Kauf von sanktioniertem russischen Öl** betrifft nach Angaben aus Moskau 100 Millionen Barrel. Angesichts der wachsenden Energiekrise scheine eine weitere Lockerung der Restriktionen unvermeidlich, schreibt der russische Gesandte Kirill Dmitrijew auf dem Kurznachrichtendienst Telegram. Dies gelte trotz

des Widerstands einiger "Brüsseler Bürokraten". Die USA haben eine 30-tägige Ausnahmeregelung erlassen, nach der Öl in Tankern auf See verkauft werden darf. US-Finanzminister Scott Bessent hat dies mit der Stabilisierung der Energiemärkte begründet (Reuters).

Der republikanische **US-Präsident** Donald Trump hatte zuvor in den sozialen Medien geschrieben, die **USA** würden wegen der gestiegenen **Ölpreise** viel Geld verdienen. "Die Vereinigten Staaten sind bei weitem der größte Ölproduzent der Welt, wenn also die Ölpreise steigen, machen wir eine Menge Geld." Der **demokratische Senator Mark Kelly** aus Arizona hielt dagegen: "Die Einzigen, die von den in die Höhe schießenden Benzinpreisen profitieren, sind die großen Ölkonzerne", schrieb Kelly, der als möglicher Präsidentschaftskandidat für 2028 gilt, auf X (Reuters).

Der Ölkonzern **Totalenergies** dürfte trotz **Produktionsaussetzungen** in Nahost wegen des Iran-Krieges vom Ölpreisanstieg profitieren. Die Produktion in Katar, im Irak und vor der Küste der Vereinigten Arabischen Emirate (UAE) sei eingestellt oder werde aktuell eingestellt, teilte das Unternehmen am Donnerstagnachmittag mit. Das entspreche rund 15 Prozent der Gesamtförderung des Konzerns. Die Produktion auf dem Festland der UAE sei nicht betroffen. Der gestiegene Ölpreis dürfte den Ausfall zudem mehr als ausgleichen. So reiche ein Anstieg des Preises für Öl der Sorte Brent um 8 US-Dollar je Barrel (159 Liter) aus, um den Finanzmittelfluss des operativen Geschäfts (CFFO) aus dem Irak, Katar und Offshore UAE auf Basis von 60 Dollar je Barrel auszugleichen (dpa/AFX).



STEBING AG
WERTPAPIERHANDELSBANK



FAROS Private Markets Database

Die kostenlose Datenbank für institutionelle Investoren

privatemarkets.faros-consulting.de

Kontakt

Wolfgang Steubing AG
Wertpapierdienstleister
Goethestraße 29
60313 Frankfurt a. M.
T +49 69 29716 0
F +49 69 29716 111
info@steubing.com
www.steubing.com

Morning News

Alexander Dietzer
T +49 69 29716 149
alexander.dietzer@steubing.com

Institutionelle Kundenbetreuung

Michael Heidn
T +49 69 29716 131
michael.heidn@steubing.com

Haftungsausschuss

Die beigelegten Presseauszüge spiegeln Informationen und Meinungen der jeweiligen Analysten und Redaktionen wider. Neben den Presseauszügen enthält dieses Dokument Informationen, die durch die Wolfgang Steubing AG Wertpapierdienstleister, nachfolgend Steubing AG, erarbeitet wurden. Obwohl die Steubing AG sämtliche Angaben und Quellen für verlässlich hält, kann für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der enthaltenen Informationen keine Haftung übernommen werden. Insbesondere wird für Irrtum und versehentliche unrichtige Wiedergabe, insbesondere in Bezug auf Kurse und andere Zahlenangaben, jegliche Haftung ausgeschlossen. Die Steubing AG übernimmt keine Verpflichtung zur Richtigstellung etwa unzutreffender, unvollständiger oder überholter Informationen.

Dieses Dokument dient lediglich der Information. Auf keinen Fall enthält es Angebote, Aufforderungen oder Empfehlungen zum Kauf oder Verkauf von Wertpapieren oder anderen Finanzinstrumenten. Die in diesem Dokument enthaltenen Informationen stellen keine „Finanzanalyse“ im Sinne des Wertpapierhandelsgesetzes dar und genügen auch nicht den gesetzlichen Anforderungen zur Gewährleistung der Unvoreingenommenheit der Finanzanalyse und unterliegen keinem Verbot des Handels vor der Veröffentlichung von Finanzanalysen. Sie können insbesondere von den von Steubing AG veröffentlichten Analysen von Finanzinstrumenten und ihrer Emittenten (Research) abweichen. Bevor Sie eine Anlageentscheidung treffen, sollten Sie Ihren Anlageberater konsultieren.

Die Informationen in diesem Dokument richten sich ausschließlich an institutionelle Investoren und professionelle Marktteilnehmer; es ist nicht für die Verbreitung an Privatpersonen geeignet. Dieses Dokument ist entsprechend des deutschen Aufsichtsrechts erstellt worden und wird von der Steubing AG nach Maßgabe dieser Vorschriften übermittelt. Ausländische Rechtsordnungen können die Verbreitung dieses Dokuments beschränken. Eine Weitergabe oder Verbreitung dieses Dokuments ist daher nur nach vorheriger ausdrücklicher Zustimmung der Steubing AG gestattet.

Die Steubing AG, die dieses Dokument verbreitet, unterliegt der Aufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht in Deutschland.

© 2026 Wolfgang Steubing AG Wertpapierdienstleister. Alle Rechte vorbehalten.

Zuständige Aufsichtsbehörde

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)
Graurheindorferstraße 108
D-53117 Bonn

und

Marie-Curie-Str. 24-28
D-60439 Frankfurt

